

Mittwoch, 15. Mai 2024  
Von Romain Cascon

## "Die Auswirkungen der Gesetze auf Grenzregionen werden berücksichtigt werden"

**Jean Peyrony, Generaldirektor der Mission opérationnelle transfrontalière (Mot) und Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Legistik" des AGZ**

Seit März denkt eine vom deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) beauftragte Arbeitsgruppe über Methoden nach, um zu verhindern, dass künftige Gesetze das Leben an den Grenzen noch komplizierter machen. Ein Gespräch mit Jean Peyrony, ihrem französischen Co-Vorsitzenden.



Jean Peyrony, Generaldirektor der Mission opérationnelle transfrontalière (Mot) und Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Legistik", die vom Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) beauftragt wurde. DR

**Jean Peyrony, warum dieser neue Wille, den grenzüberschreitenden Aspekt bei der Herstellung deutscher und französischer Gesetze zu berücksichtigen?**

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stößt auf Hindernisse unterschiedlicher Art. Viele sind mit nationalen oder regionalen Gesetzen verbunden, die negative Auswirkungen auf das tägliche Leben der Einwohner haben. Dafür hatten wir erst kürzlich ein Beispiel. Der französische Staat wollte die Lehrlingsausbildung wieder in den Griff bekommen, doch der Gesetzgeber

merkte nicht, dass er das zwischen Frankreich und Deutschland installierte System der Grenzlehrlingsausbildung stören würde. Es bedurfte des 3DS-Gesetzes (1) und des Aachener Vertrags (2), um die Situation wieder in Ordnung zu bringen. Es wäre effektiver gewesen, die grenzüberschreitende Dimension von Anfang an zu berücksichtigen.

Dies gilt für eine ganze Reihe von Themen, und der Vertrag von Aachen will hier Abhilfe schaffen. Zu diesem Zweck wurde in Artikel 14 ein Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) eingerichtet, der unter anderem die Aufgabe hat, die Auswirkungen neuer Rechtsvorschriften auf die Grenzgebiete zu analysieren. Der AGZ hat eine Arbeitsgruppe (3) "Legistik" [die Kunst, Gesetze zu entwerfen, Anm. d. Red.] beauftragt, sich mit diesen Fragen zu befassen und Lösungen vorzuschlagen. Die Idee ist, im Vorfeld zu handeln, indem die Leute, die die Gesetze schreiben, daran denken, dass sie das Leben an den Grenzen stören können.

### **Sucht der AGZ Inspiration aus anderen Gebieten?**

Ja, wir haben dank einer Studie zur Bewertung der Auswirkungen von Gesetzen auf grenzüberschreitende Räume (4), deren Ergebnisse im Mai 2023 vorlagen, gute Grundlagen. Die Niederlande sind in diesem Bereich das fortschrittlichste Land in Europa und die Europäische Kommission hat ein Prinzip der Folgenabschätzung in ihrer Gesetzesproduktion erlassen. Ein "Quick Scan"-Tool (oder "Quick Check") sammelt beispielsweise die grundlegenden Fragen, die sich eine Person stellen muss, die in der Kommission Gesetze entwirft. Bei einem der nächsten Treffen der Arbeitsgruppe im Mai werden wir wahrscheinlich Vertreter aus den Niederlanden und der EK anhören. Wir werden auf der Oktobersitzung des AGZ in Saarbrücken über unsere Arbeit berichten.

### **Was sind die Ziele der Arbeitsgruppe und welche Rolle kann der AGZ übernehmen?**

Wir werden versuchen, Prozesse und Regeln zu definieren, die es ermöglichen, Gesetze, die Probleme verursachen können, zu erkennen und diese zu vermeiden, aber es geht um mehr: Es geht darum, die zentralen Verwaltungen in Paris und Berlin zu sensibilisieren, damit sie bessere Gesetze erlassen. Frankreich und Deutschland haben unterschiedliche, aber ähnliche gesetzgeberische Vorkehrungen. In Frankreich wurde mit dem Vertrag von Aachen etwas Neues eingeführt. Das Generalsekretariat der Regierung [das die Ausarbeitung der von der Exekutive eingebrachten Gesetzesentwürfe beaufsichtigt, Anm. d. Red.] bereitet eine Neugestaltung des Systems vor. Die Stelle ist damit einverstanden, Überlegungen zu den Grenzregionen in die legislative Produktion einzubeziehen. Zum ersten Mal werden die Auswirkungen von Gesetzen auf die Grenzregionen berücksichtigt werden. Die Idee ist, dass der Verfasser eines Gesetzes, das negative Auswirkungen haben könnte, sich an dem AGZ und sein lokales Netzwerk, das über grenzüberschreitendes Fachwissen verfügt, wendet, um bei der Korrektur und Anpassung des Gesetzes zu helfen.

### **Könnte die begonnene Arbeit auch für andere Grenzgebiete von Vorteil sein?**

Was Frankreich betrifft, so erlässt das Generalsekretariat der Regierung nicht nur Regeln für die deutschen Grenzen. Auch wenn Frankreich keine bilateralen Verträge unterzeichnet hat und es keinen gemeinsamen AGZ mit Belgien, Luxemburg oder der Schweiz gibt, konsultieren sich die Länder regelmäßig. Die Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren könnten auch an ihren Grenzen berücksichtigt werden. Wenn das funktioniert, würde es dem französischen System, das als zentralisiert gilt, auch wenn es dezentriert ist, mehr Respekt für die französischen Gebietskörperschaften und ihre Nachbarn einflößen.

1. Gesetz über die Differenzierung, Dezentralisierung, Dekonzentration und Maßnahmen zur Vereinfachung des öffentlichen Handelns.
2. Das Abkommen wird gemeinhin als "Vertrag von Aachen" bezeichnet und hat den genauen Wortlaut "Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration".
3. Die Arbeitsgruppe wird gemeinsam von dem Franzosen Jean Peyrony, Generaldirektor der MOT, und dem Deutschen Nikolaus Marsch, Professor an der Universität des Saarlandes, geleitet. An der ersten Sitzung nahmen rund 50 Personen teil, darunter Vertreter der Eurodistrikte und der lokalen Gebietskörperschaften, der deutschen Bundesländer und der französischen Departements und Regionen, verschiedener Ministerien beider Länder, des Bundestags, der Nationalversammlung und des Senats.
4. Im Auftrag des deutschen Auswärtigen Amtes beim Euro-Institut Kehl, dem Institute for transnational and euregional Cross Border cooperation and mobility der Universität Maastricht (ITEM) und der Mission opérationnelle transfrontalière (Mot).